

Erscheinungswort:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen . . . Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Plakatschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Senfprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Schele.
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 19

Montag, den 25. Januar 1926.

100. Jahrgang.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Vor der Regierungserklärung.

Das neue Kabinett an der Arbeit.

Berlin, 25. Jan. Das Reichskabinett trat am Samstag nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Es erörterte eine Reihe von grundsätzlichen in der Regierungserklärung zu behandelnden Fragen.

Amstanztritt des Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Am Samstag verabschiedete sich Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius von der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums. Er wies in seiner Abschiedsrede darauf hin, daß er ein Vierteljahr die Geschäfte des Ministeriums geführt habe. Hohe Achtung habe er vor dem Können und der Arbeit gewonnen, die gerade in den letzten Wochen von der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums geleistet worden sei. Der Vertreter der Beamtenschaft dankte dem Reichswirtschaftsminister für die aufopfernde Mühe, mit der er neben der Bürde seines eigenen Amtes sich der Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums angenommen habe. Es sei zu hoffen, daß die nunmehr geschaffene enge und verständnisvolle Zusammenarbeit des Reichsverkehrs- und des Reichswirtschaftsministeriums bestehen bleibe. Die Reichsbeamtenschaft begrüßte den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der bereits durch seine bisherige parlamentarische Tätigkeit weitgehendst gerade mit dem Reichswirtschaftsministerium zusammengearbeitet habe. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wies auf die große Verantwortung hin, die in dieser schweren Zeit auf dem Ministerium laste. Das Reichswirtschaftsministerium müsse alle Kräfte einsehen, um diese Krise zu überwinden, wobei man sich bewußt sein müsse, daß das Beste zur Erreichung dieses Zieles die Wirtschaft selbst tun müsse. Ein schwacher Anfang zur Besserung dieser schweren Krise zeige sich bereits. Ohne verkrühten Optimismus gelte es jedoch, mit Nachdruck die wirtschaftlichen und handelsnotwendigen Aufgaben zur Lösung zu bringen, damit sich ein Aufstieg in unserer Wirtschaft auch wirklich durchsetzen könne.

Scheitern gebracht hat. Der Parteiausschuss erkannte an, daß nach diesem Verlagen der Sozialdemokratie die Bildung einer Minderheitsregierung der Mittelparteien die einzige parlamentarische Möglichkeit war, die deutsche Politik wieder aktionsfähig zu machen. Die Nachgiebigkeit des Reichskanzlers und der beteiligten Parteien an die partikularistischen Tendenzen der Bayerischen Volkspartei verurteilt der Parteiausschuss auf das Nachdrücklichste. Er sieht in ihr eine folgenschwere Gefährdung des Reichsgebietens, in dessen Vertretung er sich mit seinem Führer Koch in vollem Umfang einsetzt. Diese Nachgiebigkeit macht die Beteiligung der demokratischen Partei an der Regierung zu einem schweren Opfer, dem der Parteiausschuss nur um der kritischen parlamentarischen Lage willen im Staatsinteresse zustimmt. 2. Der Parteiausschuss der deutsch-demokratischen Partei richtet an die der Partei angehörenden Minister und an die Fraktionen das dringende Ergehen, mit größter Entschiedenheit auf die Republikanisierung der Verwaltung, der Justiz, des Unterrichtswezens und der Reichswehr hinzuwirken. Insbesondere ist die Abstellung der in der Justiz, an den Universitäten, an den höheren Lehranstalten herrschenden außerordentlichen Missetände das erste Erfordernis einer demokratischen Innenpolitik. Es ist vor allem dafür Sorge zu tragen, daß die in Frage kommenden Personalreferate der Ministerien in die Hände von verfassungstreuen Republikanern gelegt werden. 3. Der Parteiausschuss erhebt den lebhaftesten Widerspruch gegen die gesteigerte Belastung, die dem besetzten Gebiet durch die vermehrte Truppenstärke der Besatzung entgegen den in Locarno gegebenen Zusicherungen auferlegt werden soll. Der Parteiausschuss verlangt mit größtem Nachdruck, daß der Geist von Locarno sich vor allem in einer sofortigen und sichtbaren Verringerung des Besatzungsregimes durchsetzt, daß die Zeitdauer der Besatzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und daß das Saargebiet in kürzester Zeit die Möglichkeit erhält, in freier Abstimung seine Zukunft zu bestimmen.

Deutsch-demokratische Entschlüsse.

Am Sonntag, 25. Jan. Der Parteiausschuss der deutschdemokratischen Partei trat am Sonntag vormittag in Berlin zusammen. Die Tagung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht. Die drei demokratischen Reichsminister Dr. Gessler, Dr. Kalk und Dr. Reinhold nahmen ebenfalls an der Tagung teil. Nach einem einleitenden Referat des Parteivorstandes Koch wurden einstimmig drei Entschlüsse angenommen, in denen es heißt: 1. Der Parteiausschuss der deutschdemokratischen Partei spricht dem Parteivorstandes Koch sein volles Vertrauen und seinen wärmsten Dank aus für die Führung der mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Aufgaben. Der Parteiausschuss bedauert, daß die Sozialdemokratie in parteipolitischen Vertrennung der großen außen- und innenpolitischen Aufgaben, zu denen in der gegenwärtigen Lage Deutschlands gerade die republikanischen Parteien berufen sind, ihre Mitarbeit verweigert und die große Koalition unter demokratischer Führung zum

Französische Pressestimmen zur deutschen Regierungsbildung.

Am Paris, 25. Jan. Das „Petit Journal“ schreibt über das neue deutsche Kabinett, daß sich die neue Regierung auf ein Terrain begeben, das voller Hindernisse sei. Die Epoche der Sorgen sei für den Kanzler noch nicht beendet. Auf jeden Fall sei es jedoch eine locarnische Regierung. Das „Echo de Paris“ glaubt, daß die neuen Anträge der Deutschnationalen im Reichstag gegen den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund nur den Zweck verfolgen, das Kabinett Luther zu stürzen. Das „Deuvre“ glaubt dagegen, daß der Antrag der Deutschnationalen im Reichstag wirkungslos sein würde. Wenn Deutschland seinen Eintritt in den Völkerverbund nicht beantragte, würde es einfach so sein, als wären die Verträge von Locarno nicht geschlossen. Niemand in Deutschland aber dürfe sich für ein Manöver hergeben, das nur den Zweck habe, das Inkrafttreten der Verträge von Locarno zu verhindern.

Russisches Ultimatum an China.

Gefährliche Zuspitzung der Lage.

Eine Note Tschitscherins.

Moskau, 25. Jan. In einer Note an die chinesische Regierung fordert Tschitscherin die Freilassung des Generaldirektors der chinesischen Ostbahn Zwanoff, der von den Truppen des Generals Tschang Tso Lin am 21. Januar in Harbin gefangen genommen worden war. Ferner wird in der Note die Wiederherstellung der Ordnung innerhalb drei Tagen gefordert. Wörtlich heißt es in der Note weiter:

„Sollte die chinesische Regierung aus irgend einem Grunde unfähig sein, die friedliche Beilegung der Streitigkeiten innerhalb der angegebenen Zeit herbeizuführen, so erucht die Sowjetregierung die chinesische Regierung, ihr zu gestatten, mit ihren eignen Streitkräften die Ausführung des Vertrages sicherzustellen und die gegenseitigen Interessen Chinas und der Sowjetunion zu schützen.“

Tschitscherin bezeichnet die Gefangennahme des Generaldirektors als eine „unerhörte Handlung“, welche einen Bruch des zwischen Sowjetrußland und China bestehenden Eisenbahnabkommens darstelle und fügt hinzu, daß die fünf Tage lang systematische Verletzung des Abkommens seitens der Truppen Tschang Tso Lins dem ganzen Vorfalle die Krone aufgesetzt habe. Diese Truppen hätten fünf Tage lang fortwährend die Züge in ihren Besitz genommen.

Zum Schluß sagt Tschitscherin: Die Sowjetregierung würde sich mit einer gemischten Untersuchungskommission einverstanden erklären, jedoch müsse die Sowjetunion darauf bestehen, daß die Ordnung in spätestens drei Tagen wieder hergestellt sei. Die letzten Worte in Tschitscherins Note lauten: „Ich erwarte Antwort“. Der Außenminister wies den Sowjetbotschafter in Peking, Karachan an, eine Kopie der Note auch Tschang Tso Lin zu überreichen mit dem Bescheid, daß die Sowjetregierung auch seine Antwort erwarte.

Ämtlich wurde erklärt, Tschang Tso Lin schulde der chinesischen Ostbahn 14 Millionen Dollar für Freifahrten seiner Truppen und beschlagnahmten Proviant. Aus Harbin treffen soeben Depeschen ein, wonach Tschang Tso Lins Truppen die Eisenbahn so gut wie besetzt halten. Nach der Verhaftung

Zwanoffs verfolgen sie jetzt einen Assistenten Chsmonk. Beamte der russischen Eisenbahnverwaltung wurden durchgepeitscht, die Schienen der Eisenbahnen werden auf weite Strecken hin durch Truppen in gepanzerten Kraftwagen bewacht. Der russische Gouverneur in Harbin ist von chinesischen Truppen umringt, welche das Ragen irgend welcher Russen verhindern. Weitere Depeschen aus Harbin besagen, daß die ganze Sache eine japanische Intrigue sei.

Machtlosigkeit der chinesischen Zentralregierung.

Am Berlin, 25. Jan. Die Voss. Ztg. meldet aus Peking, der chinesische Außenminister Wang hat den Marschall Tschang Tso Lin telegraphisch aufgefordert, den verhafteten Generaldirektor der chinesischen Ostbahn, Zwanoff, sofort freizulassen. Der russische Militärattaché ist in Harbin eingetroffen, wo er Truppen zur Besetzung der ostchinesischen Eisenbahn in beiden Richtungen ansammelt.

Tschang Tso Lin drohte der Zentralregierung in Peking, daß er gegen jedes Kompromiß mit den Sowjetrußen sei und forderte die Abberufung des russischen Verwalters der chinesischen Ostbahn. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind sehr gespannt.

Die Haltung Japans.

Moskau, 25. Jan. Nach den hier einlaufenden Meldungen verhalten sich die Japaner durchaus neutral. Der japanische Generalkonsul in Harbin versucht die Schlichtung des Konflikts durch die Vermittlung des Konsularkorps herbeizuführen. Die Chardiner und ausländischen Konsule haben wiederholt Sitzungen abgehalten. Die Sowjets verhalten sich aber gegenüber einer Einmischung der Konsule in den Konflikt ablehnend. Nach russischen Meldungen gleicht Harbin einem Kriegslager.

Aus dem besetzten Gebiet.

Die Rheinlandreise des Reichspräsidenten.

Am Köln, 23. Jan. Der Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg in den von der Besatzung geräumten Gebieten, der für den 28. Februar in Aussicht genommen war, wird vorausichtlich im März (nicht erst im Sommer) stattfinden, da für den

Tages-Spiegel.

Die neue Reichsregierung trat am Samstag zu einem Kabinettsrat zusammen. Gegenstand der Beratung bildete die Regierungserklärung.

In einer Entschliessung des demokratischen Parteiausschusses wird Kochs Tätigkeit bei den Koalitionsverhandlungen gewürdigt und das Verlangen der Sozialdemokratie beurteilt.

Der Reichstag hat am Samstag beschlossen, zur Untersuchung der Fememorde einen parlamentarischen Ausschuss einzusetzen.

An Stelle des zum Botschafter in Madrid ernannten Budapesters deutschen Gesandten soll Ministerialdirektor Kiep, der bisherige Reichspressechef zum Gesandten in Ungarn ernannt werden.

Der chinesisch-russische Konflikt droht zu einer militärischen Auseinandersetzung zu führen.

Der russische Außenminister Tschitscherin hat wegen des Eisenbahnkonflikts an China eine energische Note gerichtet.

Zwischen Deutschland und Holland soll der Bismarzwang am 1. Februar gegenseitig aufgehoben werden.

Drei Einwohner von Eupen, die in einem Auto aus Malmédy zurückkehrten, wurden von der Lokomotive eines Güterzuges erfasst und mit ihrem Wagen über 100 Meter weit geschleift. Zwei der Insassen wurden getötet, der Dritte sprang rechtzeitig aus dem Auto und kam mit leichten Verletzungen davon.

Am 28. Februar der Reichsbannentag angelegt. Der Empfang des Reichspräsidenten finden zur Zeit Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem preussischen Innenminister und dem Kölner Oberbürgermeister statt. Oberbürgermeister Dr. Wbenauer, der zur Zeit in Berlin weilt, wird demnächst vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Die Räumung der ersten Rheinlandzone.

Am Berlin, 25. Jan. Nach Meldung eines Berliner Morgenblattes soll Köln noch bis zum April hinein von den Engländern besetzt bleiben. Wie die Telegraphenunion hierzu von unterrichteter Seite erfährt, ist nach der sich vollziehenden Räumung ohne weiteres anzunehmen, daß Köln bis zum 31. Jan. von den Besatzungstruppen vollständig geräumt sein wird. Nunmehr werden auch die belgischen Räumungstermine bekannt gegeben. Am 25. Jan. soll Iken und Biederich, am 28. Jan. Hochemmerich, am 27. Jan. Neppeln und Baerel, am 28. Jan. Homberg, am 29. Jan. Krefeld, am 2. Febr. Mors, am 3. Febr. Heerdt, und am 4. Febr. Erlelenz geräumt sein. Nach diesem Zeitpunkt werden sich keine belgischen Truppen mehr in der ersten Zone befinden. Man nimmt an, daß die französischen Truppen die erste Zone endgültig bis zum 20. Februar geräumt haben werden.

Verstärkung der französischen Rheinflottille.

Am Berlin, 25. Jan. Wie der Lokalanzeiger aus Paris meldet, soll infolge der Ablösung der englischen Rheinflottille die französische Rheinflottille verstärkt werden. Die Verstärkungsabteilungen werden jetzt in Paris zusammengestellt.

Wirtschaftspartei und Preisabbau.

Am Berlin, 25. Jan. Der Parteiausschuss der Reichspartei des deutschen Mittelstandes hielt am Sonnabend und Sonntag in Berlin eine Tagung ab, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht war. Nach Referaten der Abg. Dr. Klant-Köln, Schoepfle-Düsseldorf, Professor Dr. Dredt und Dremwig wurde nach ausgiebiger Debatte eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes unterstützt alle auf Preisabbau gerichteten Bestrebungen, betrachtet aber die bisherigen Maßnahmen nach dieser Richtung als verfehlt, weil ihre Wirkung die allgemeine Preissteigerung nicht berührt. Eine Preislenkung ist nach ihrer Auffassung nur möglich, wenn folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Beseitigung und damit Befreiung der werktätigen Schichten von den Lasten eines übermäßig angeschwollenen Verwaltungskörpers.
2. Rücksichtsloses Einschreiten gegen die Geldmehrwirtschaft.
3. Befreiung der Wirtschaft von jeder behördlichen Reglementierung und damit von der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, Einschränkung der Wohnungszwangswirtschaft unter Berücksichtigung von Uebergangsbestimmungen.
4. Wiedereinführung des Leistungsprinzips und damit Befreiung des gegenwärtigen Lohn- und Gehaltssystems, das die Tüchtigen herabdrückt und die Leistungen herabsetzt.

Der Parteiausschuss beschloß dann noch die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines umfassenden Programms und beschäftigte sich ferner mit organisatorischen und formalpolitischen Fragen.

Reform des Reichstagswahlrechtes.

Am Berlin, 25. Jan. Wie der „Montag-Morgen“ erfahren haben will, sind im Reichsministerium des Innern nunmehr Gesetzentwürfe für die Reform des Reichstagswahlrechtes ausgearbeitet worden. Der neue Gesetzentwurf des Reichsministeriums umfaßt 250 Wahlkreise vor. Die Frage einer Herabsetzung des Wahlalters sei nicht berücksichtigt worden.

6. ab
55.—
80.—
100.—
100.—
80.—
100.—
120.—
0.— ab
Zeug,
Blautuch
21.60
16.—
16.—
14.—
9.—
16.—
13.—
26.—
25.—
52.—
30.—
55.—
25.—
15.—
20.—
8.—
15.—
25.—
billig.
10.40
14.40
und
Erinnerung.
Kaufzwang
genheit, da
enzell.
äder
Fabrik
affen
eck 16
ands
stenirei

Kleine politische Nachrichten.

Die Reparationslieferungen im Dezember. Für Frankreich sind im Laufe des Dezember 157 Reparationsverträge im Werte von insgesamt 10,6 Millionen RM. genehmigt worden, insgesamt betrug der Wert der seit dem Inkrafttreten des Sachverständigenberichts bis Ende Dezember 1925 abgeschlossenen Verträge auf Reparationslieferungen ohne Kohlen- und Farbstofflieferungen 160,3 Mill. RM. Der größte Teil der Lieferungen ist für die zerstörten Gebiete bestimmt gewesen. Belgien hat im Dezember 106 Verträge im Gesamtwerte von 4,6 Millionen Reichsmark abgeschlossen.

Zur Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung. Im Reichstag ist ein Antrag Fehrenbach eingegangen, der eine Kommission fordert, bestehend aus Mitgliedern des Reichstags, der Länderparlamente und der Spitzenorganisationen der Gemeindeverbände sowie Vertretern der Wirtschaft, die in Verbindung mit dem Sparkommissar Vorkläufe auszuarbeiten hat zur durchgreifenden Vereinfachung und Verbilligung der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Tagung des Völkerverbundes für Binnenschifffahrt. Der Unterausschuß des Völkerverbundes für Binnenschifffahrt tritt am 25. Januar in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht von Hines über die gegenwärtige Lage der Rhein- und Donauschifffahrt, der schon allen interessierten Regierungen zugestellt worden ist. Der Unterausschuß wird ferner Berichte des Sachverständigenkomitees für Privatrecht in der Binnenschifffahrt nachprüfen. Das Komitee, das vom 11.—14. Januar in Straßburg tagte, hat ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet.

Zur Abfindung der Fürstendhäuser.

Die Abfindung der Wittelsbacher.

Der Rechtsausschuß des Reichstags legte gestern seine Verhandlungen über die Fürstenabfindung fort. Ministerialdirektor Dr. Neumaier gab über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des bayerischen Staates mit dem vormals regierenden Königshaus Auskunft. Zur Durchführung der Auseinandersetzung wurde auf Grund gültigen Nebereinkommens und durch Landesgesetz ein Fonds mit der Bezeichnung „Wittelsbacher Ausgleichsfonds“ errichtet. Die Nutzungen des Fonds fließen jeweils den Mitgliedern des vormals regierenden Königshauses zu, die bei Fortdauer der Geltung der vom 8. November 1918 maßgebenden Bestimmungen Anspruch auf Leistungen des Staates hätten. Dem bayerischen Staat steht das Verkaufsrecht zu, wenn Grundstücke des Fonds oder Wertgegenstände aus dessen Sammlung verkauft werden sollen. Nach etwaigem Aussterben des Wittelsbacher-Geschlechtes wird der Fond aufgelöst und sein Vermögen fällt an den bayerischen Staat. Auf eine Frage teilte der Vertreter Bayerns mit, daß Aufwertungsansprüche nicht erhoben worden seien. Das Haus Wittelsbach verzichte in dem Vergleich endgültig auf alle Rechte an dem ausgedehnten Eigentum des früheren Hausfürstentums.

Die Untersuchung der ungarischen Fälscheraffäre.

Ermittlung eines Untersuchungsausschusses.

U Budapest, 23. Jan. Zwischen der Regierung und der Linksoption ist eine Einigung hinsichtlich des weiteren Vorgehens zur Aufklärung des politischen Hintergrundes der Frankenfälscher zustande gekommen. Es wird ein mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, dem noch vor der Gerichtsverhandlung über die Frankenfälscher, aber erst nach Beendigung der Voruntersuchung das ganze Untersuchungsmaterial zur Verfügung gestellt und das Recht zugestanden wird, nach Belieben Verhöre vorzunehmen. Der Ministerpräsident hat die Garantie übernommen, daß dem Ausschuß von Seiten der Behörden alle Erleichterungen gewährt werden. Der Ausschuß wird geheim verhandeln, doch nach Abschluß seiner Arbeiten dem Plenum Bericht erstatten. Der Ministerpräsident hat im allgemeinen die Wünsche der Linksoption berücksichtigt, ohne Rücksicht auf den Protest des rechten Flügels seiner eigenen Partei.

In Kreisen der Regierungspartei wurde angekündigt, daß Beihlen in absehbarer Zeit sein Kabinett von den extremen konservativen Ministern befreien wolle.

Erzherzog Albrecht verläßt Ungarn? Der Sekretär des Erzherzogs Albrecht wurde von der Oberstaatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Frankenfälscheraffäre vernommen. Die Abendblätter bringen die Nachricht, daß Erzherzog Albrecht in Begleitung seiner Mutter, der Erzherzogin Isabella, in kurzer Zeit Ungarn verlassen würde.

Das Haus des Sonderlings.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Nein. Ich erklärte ihr, daß ich von Georg selbst in seine Heiratgeschichte eingeweiht wurde und ihn am 30. früh mit ihr das Palace Hotel habe verlassen sehen. Ich tat, als ob ich glaube, sie hätten sich wieder ausgesöhnt. Sie tat dabei ganz unbefangen, blieb aber bei der Behauptung, keine Ahnung zu haben, wo ihr Mann gegenwärtig sei. Sie habe ihn bisher in seiner Villa Solitudo vermutet und sei sehr erstaunt, zu hören, daß er vertrieben sei.“

Als er sie damals im Palace Hotel aussuchte, wollte er zuerst mit ihm über die Schöpfung verhandeln. Später aber hätten sie sich ausgesöhnt und beschlossen, wieder miteinander zu leben. Sie wolle nur ihre Engagementspflicht im Olympion noch erfüllen, dann jedoch ihren Beruf aufgeben und zu ihrem Mann nach Solitudo ziehen.

Nachdem sie dies in Gegenwart ihres Vaters ausgesprochen hätten, habe Georg mit ihr zu Fuß das Hotel gani verlassen, wo ihr Vater wohnte und sie dann noch ein Stück begleitet.

Am Praterstern trennten sie sich angeblickt. Sie konnten den Rest des Tages nicht gemeinsam verbringen, weil sie selbst abreisen mußte, und Georg noch eine Verabredung für den Nachmittag hatte. So viel sie wisse, habe er nach der Trennung von ihr sein Auto aufsuchen wollen, das er an die Reichsbrücke vorausgeschickt habe. Seitdem wisse sie nichts mehr von ihm.“

Heidys Gesicht war während dieses Berichtes immer bestürzter geworden.

Jetzt sagte sie wie im Traum: Sonderbar! Sollten sie sich wirklich ausgesöhnt haben, und die Lyttons ohne Wissen der Tänzerin handeln?“

„Darauf kann ich noch kein Urteil fällen. Die Adisane sprach völlig unbefangen und anscheinend die Wahrheit. Wenn sie sich versöhnte, geschah es jedenfalls

Amtliche Bekanntmachungen

Abhaltung eines Lehrgangs für Fleischbeschauer.

Die Ortsbehörden, sowie die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung des Prüfungskommissars über die Abhaltung eines Lehrgangs für Fleischbeschauer vom 20. ds. Mts., Staatsanzeiger 1926 Nr. 16 hingewiesen, wonach voraussichtlich am 9. bzw. 10. Februar ds. Js. in Reutlingen und in Stuttgart ein vierwöchiger Lehrgang für Fleischbeschauer abgehalten wird.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein weiterer Lehrgang voraussichtlich nicht vor Ablauf eines Jahres abgehalten werden kann.

Calw, den 22. Januar 1926 Oberamt: Rippmann.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Geschäft des Bauern Jakob Krauß in Breitenberg (Hinterweiler).

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der Min.-Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Breitenberg-Hinterweiler.

B. Beobachtungsgebiet: Breitenberg - Vorderweiler, Oberollwangen und Neuweiler.

C. In den Umkreis von 15 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw mit Ausnahme von Ofelsheim, Simmozheim, Mötlingen, Monafam, Liebenzell, Unterreichenbach, Unterhaugstett und Dachtel.

Für den Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet sind die in § 185 ff. Min.-Verfügung vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 293) vorgesehenen Sperrmaßnahmen, welche ortsüblich bekannt gemacht werden, angeordnet.

Im übrigen sind im Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und im 15 Km.-Umkreis die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung eines solchen stattfindet, sowie die Veranstaltungen von Versteigerungen von Klauenvieh verboten. Außerdem wird auf die Vorschrift ausreichender Erziehung von Milch aus Sammelmolkereien hingewiesen (§ 192 gen. Minist.-Verf.).

Calw, 22. Januar 1926 Oberamt: Rippmann.

Die Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs von 1918.

Die U.S.P. und die Flottenmeutereien — Entlastungsversuch des Abg. Dittmann.

U Berlin, 23. Jan. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 hielt am Freitag eine Sitzung ab, die sich mit der Vorgeschichte der Marinemeuterei von 1918 beschäftigte. Neben dem ordentlichen Sachverständigen Prof. Delbrück, General Kuhl und General Schwedinger waren für diese Sitzung als außerordentliche Sachverständige Vizeminister von Trotha und Archivar Volkmann vom Reichsinnenministerium hinzugezogen. Der Vorsitzende Abg. Philipp-Dittl., wies darauf hin, daß die Einberufung dieser Sitzung unter Hinzuziehung der Presse einem einstimmigen Entschluß des Reichstages entspreche.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann, der in der letzten Zeit der zur Erörterung stehenden Vorgänge zu den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gehörte, stellte in einem längeren Referat aus den Akten des Reichsmarineamts fest, daß seit Kriegsausbruch bis 1917 auf den Schiffen der Marine folgende Strafen verhängt wurden: 180 Jahre und 5 Wochen Gefängnis, 180 Jahre und ein Monat Zuchthaus und 10 Todesurteile, von denen 2 vollstreckt worden sind. Als Ursache der Erbitterung der Mannschaft bezeichnete er den großen Unterschied zwischen der Beköstigung der Mannschaft und der Offiziere auf den Schiffen im Winter 1916 bis 1917. Die schlechte Befchaffenheit der Lebensmittel habe im Juni und Juli 1917 auf vielen Schiffen zum Hungerstreik der Mannschaft geführt. Die höheren Offiziere der Marine hätten

mit voreingenommener Gesinnung. Uebrigens kommt sie morgen nach Wien. Ich werde also Gelegenheit haben, sie noch eingehender zu studieren.“

Heidy sah gedrückt vor sich hin. Eine namenlose Angst schnürte ihr die Kehle zusammen und trieb ihr, ohne daß sie es wußte, Tränen in die Augen.

Der Gedanke, daß es der schönen Tänzerin gelungen sein könnte, Georg wirklich zu einer Aussöhnung zu bewegen, lähmte sie förmlich. War das so ganz undenkbar? Die Adisane war, wie man sagte, so rührend schön. Georg hatte sie früher geliebt. Und... sie war seine Frau! Vor dieser Tatsache mühten dann alle Versuche, ihn ihr wieder abspenstig zu machen, schweigen...

Dann wallte ihr das Blut heiß zum Herzen.

„Aber, wenn das möglich — nur denkbar wäre, dann hätte er mich doch nie geliebt!“ dachte sie schmerzhaft. „Dann würde das bedeuten, daß er mich aufgibt... daß ich ihm nie etwas war...“

Hempel, der sie beobachtet hatte, und ihre Gedanken erriet, klopfte ihr plötzlich lächelnd auf die Schulter.

„Kopf hoch, Fräulein Heidy! Und hübsch vernünftig bleiben! Es ist ja möglich, daß die Adisane nicht weiß, was ihre Verwandten beabsichtigen und wo Torwesten jetzt ist. In einem Punkte ist ihr bereits eine Unwahrheit nachzuweisen: Er hat das Hotel nicht mit ihr verlassen. Darum glaube ich auch kein Wort von dieser Aussöhnung.“

8.
Hempel war noch bei Sieberts, als der Briefträger läutete und für Heidy einen Brief abgab.

Die Schrift war ihr unbekannt, der Stempel wies als Aufgabert Baden auf.

Neugierig öffnete sie ihn.

„O — von der Zeitungsfrau aus dem Bahnhofskiosk!“ rief sie dann überrascht.

„Was schreibt sie denn?“ fragte Frau Siebert neugierig.

ben Beschwerden der Mannschaften nicht das nötige Verständnis entgegengebracht. Ohne eine ernsthafte Untersuchung habe die Marinebehörde alle Klagen als vollständig unbegründet und auf politischer Verhöhnung beruhend bezeichnet. Als dann auf mehreren Schiffen die Mannschaften demonstrierend mehrere Stunden lang dem Dienst fernblieben, habe man als die Ursache dieser Insubordination Verhöhnung durch die U.S.P. angegeben. Die mit der Untersuchung betrauten Kriegsgerichtsräte Dr. Döbbering und Dr. Loesch hatten behauptet, die auf Grund eines Beschlusses des Reichstages eingesetzten Menage-Kommissionen seien tatsächlich Organisationsstellen der U.S.P. Während die Marinemannschaften in den Menage-Kommissionen tatsächlich ihre Beschwerden über ihre Verpflegung erörterten und nur nebenher über Politik diskutierten, hätten diese Gerichtsrate sich aus den Besprechungen eine politische Verschwörung zurecht konstruiert. Tatsächlich sei damals bei den Mannschaften die Sehnsucht nach einem Verständigungsfrieden und die Hoffnung auf die internationale sozialdemokratische Konferenz in Stockholm sehr groß gewesen. Es seien auch Unterschriften gesammelt worden für eine Erklärung, in der der Wille für einen Verständigungsfrieden, einen Frieden ohne Sieg und Niederlage der Stockholmer Konferenz unterbreitet werden sollte. Keineswegs aber sei dabei an eine Sabotage der Landesverteidigung gedacht worden. Die Führer der U.S.P. hätten von diesen Listen gar keine Kenntnis gehabt. Sie seien zwar von einigen beurlaubten Matrosen aufgesucht worden, die ihnen aber lediglich Beschwerden über Verpflegung und Behandlung vorgebracht hätten. Während der Flottenchef die im Jahre 1917 vorgekommenen Entfernungen vom Dienst auf die Unterernährung und die durch die lange Kriegsdauer verursachte Anspannung der Mannschaften zurückführte, hätten erst die beiden erwähnten Kriegsgerichtsräte aus der Sache eine Verschwörung gemacht. Spitzelausagen seien die Hauptgrundlagen der Anlagenschriften und der Urteile gewesen. Das Vorgehen gegen die Anhänger des Verständigungsfriedens auf den Schiffen sei ein Teil der Altschulden Agitation gegen die Friedensresolution des Reichstages gewesen.

Trotz des Verbots des Staatssekretärs von Capelle habe der Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte, Prinz Heinrich, die Agitation der Vaterländischen Partei eifrig gefördert. Auf der Grundlage der Aussagen von Lockpitzeln sei dann die Anklage wegen Kriegsverrat gegen den Matrosen Reichpietsch und andere zustande gekommen. In einem Rechtsgutachten für den Staatssekretär von Capelle habe Geheimrat Admiralitätsrat Dr. Fellich sofort erklärt, daß die Vorbedingungen des Kriegsverrats nicht gegeben seien. Als dann trotzdem gegen die Angeklagten Todesurteile gefällt worden seien, habe Dr. Fellich nochmals erklärt, daß er diese Urteile nicht verstehen könne. Auch andere Juristen hätten die gleiche Meinung ausgesprochen. Admiral von Scheer habe diese rechtlichen Bedenken gegen die Todesurteile ausdrücklich anerkannt, aber dennoch die Todesurteile bestätigt, um ein Exempel zu statuieren. Am 5. September seien Reichpietsch und Köbis erschossen worden. Dittmann bezeichnete diese Erschießung als einen militärischen Willkürakt aus politischen Motiven, als einen Akt des Terrors gegen die Friedensresolution des Reichstages und gegen die U.S.P. Er bestritt im übrigen nachdrücklich, daß die U.S.P. jemals Meuterei veranlaßt oder gefördert habe. Sie habe die Landesverteidigung nicht schwächen, sondern lediglich einen Verständigungsfrieden ohne Sieg und Niederlage herbeiführen wollen.

Um 2 Uhr nachmittags war das etwa vierstündige Referat Dittmanns im Reichstagsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs beendet. Der Redner kündete an, daß er in der nächsten Sitzung noch eine zweistündige Fortsetzung seines Vortrages geben werde. Abg. Brüninghaus — Deutsche Volkspartei kündete ein Referat zu den Dittmannschen Ausführungen an. Dittmann habe die Akten, die etwa 7 Bände ausmachten, mehr als 4 1/2 Monate mit Beschlag belegt, jedoch es nicht möglich gewesen sei, in sie Einsicht zu nehmen. Er werde sich daher in seiner Erwiderung auf die Dittmannschen Darlegungen wesentlich kürzer fassen müssen. Als Vertreter des Reichsmarineamts kündete auch Korvettenkapitän Abel eine Erklärung an. — Die Verhandlungen wurden dann auf Samstag verlagert. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Ausschuß noch in weiteren Sitzungen die angeschnittene Frage einer Klärung entgegenzuführen werde.

„Daß sie zufällig von einem Bekannten, der ein Straßenwirtschaus an der Reichsstraße habe, erfuhr, daß Automobil Nr. 417 sei damals gar nicht mehr weiter gefahren. Es habe knapp hinter dem Wirtshaus umgelenkt und sei im schnellsten Tempo zurückgefahren — in der Richtung nach Wien. Sie hoffe also, „mein Bruder“ sei nun wieder längst glücklich daheim angelangt. Was sagen Sie dazu?“ wandte sie sich an Hempel.

Dieser zuckte die Achseln.

„Alles ist möglich. Vielleicht sind sie nur nach Baden gefahren, um den Brief an Dr. Herrlinger aufzugeben. Einer der Copys ist dann sicher gleich nach Linz gefahren, um das Geld am nächsten Tage in Empfang zu nehmen. Das konnte er mit nichts rascher erreichen, als mit dem Auto.“

„Aber wo blieben die andern? Fuhren sie mit oder hatten sie bereits einen Schlupfwinkel in Bereitschaft, wohin sie sich mit ihrem Gefangenen begaben?“

„Wahrscheinlich letzteres. Wir sind nun so lung wie zuvor. Diese Nachricht verwirrt uns vollständig, denn wir wissen nun erst recht keine Richtung, in der wir sie suchen sollen!“

Heidy senkte mühsam den Kopf.

„Wieder nichts! Was sollen wir nun tun? Nach Baden fahren, um diesen Wirt persönlich zu fragen?“

„Das hätte keinen Zweck. Was er weiß, haben wir ja bereits erfahren.“

„Aber das Auto muß doch irgendwo geblieben sein? Warum kommt kein Zeichen vom Chauffeur?“

„Weil er wahrscheinlich nicht kann. Ich fürchte, man wird ihn ebenso stumm gemacht haben wie Wastler.“

„Das wäre schrecklich!“

„Ja, aber es blieb diesen Leuten doch kaum etwas anderes übrig, wenn sie nicht durch ihn verraten werden wollten.“

Diese Meinung Eilas Hempels fand schon zwei Tage später ihre Bestätigung durch eine Zeitungsnote folgenden Inhalts: (Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

Von französischen Beamten im Zug erschossen.

Im Zuge Saarbrücken-Neunkirchen wurde der Gemeindevorsteher E. K. erschossen. Als der Zug durch den Ort fuhr, wurden von der Neunkirchner Polizei 2 französische Zollbeamte festgenommen. Ein dritter Zollbeamter war während der Tat aus dem Zuge gesprungen.

Zum Tode des Freiherrn von Nischhofen.

Der Handelskommissar Kanadas in Hamburg hat mitgeteilt, daß sich die kanadische Infanterie nicht in dem Kampfabschnitt befunden hat, in dem am 21. April 1918 Baron von Nischhofens Flugzeug abgeschossen wurde. Durch ärztliche Aussagen vor einem Untersuchungsgericht sei nachgewiesen worden, daß Baron von Nischhofen den tödlichen Schuß aus der Luft empfangen hatte, und zwar sei die Kugel von oben und dann rückwärts in den Körper eingedrungen. Allem Anschein nach sei es ein Maschinengewehrgeschloß gewesen.

Das Denkmal Friedrichs des Großen in Washington.

Der republikanische Senator Radsworth in New York regte schriftlich an, der Kriegsgesetzgebung möge die Statue Friedrichs des Großen, ein Geschenk der Kaiserlich deutschen Regierung, die bei Kriegsausbruch von seinem Standpunkt, der Kriegsschule in Washington, entfernt worden ist, wieder errichten lassen, da die Vereinigten Staaten jetzt mit Deutschland in Frieden lebten und die Aufstellung sicherlich als eine freundliche Geste aufgefaßt werden würde.

Eisenbahnunglück in Jugoslawien.

Bei einem Zusammenstoß auf der Station Nowy Dasi in Jugoslawien wurden 4 Personen getötet und 20 schwer verletzt.

Spanischer Transozeanflug.

Die spanischen Flieger in Las Palmas.

Am 24. Jan. Die spanischen Flieger haben die erste Etappe ihres Fluges vollendet. Trotz dichten Nebels ist die Landung bei Las Palmas gut verlaufen. Der päpstliche Nuntius überbrachte den Fliegern den telegraphisch übermittelten Segen des Papstes.

Am 23. Jan. Gestern früh stieg unter großer Anteilnahme der Bevölkerung der Major Franco auf seinem Wasserflugzeug „Non plus ultra“ zum Transozeanflug auf. Er kreuzte zuerst über dem Kolumbusdenkmal und flog dann, geleitet von einem Luftschiff, während die Kriegsschiffe salutierten, ab Major Franco hat Begrüßungsbriefe des Königs und der Regierung an die südamerikanischen Präsidenten mitgenommen. Auf vier Insassen führt das Flugzeug 100 Kg. mit sich.

Vom Württ. Landtag.

Kleine Landtagsanfragen.

Der Abgeordnete Scheff hat an die Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet: Welche Haltung nimmt das Württ. Staatsministerium zur Personalabbauperordnung ein? Gedemütigt das Staatsministerium die Aufhebung oder Verringerung der Personalabbauperordnung herbeizuführen und wann? — Ferner folgende weitere kleine Anfrage: Ist es dem Herrn Minister des Innern bekannt, daß die Amtslokalpersönlichkeitsumlage für 1925, solche Gemeinden ganz besonders belastet, in denen im Laufe des Jahres 1925 zahlreichere Betriebseinstellungen stattgefunden haben? Wenn auch die Amtslokalpersönlichkeitsumlage nur zur Hälfte auf die Kataster, also auch auf das Gewerbesteuer, umgelegt ist, so ist doch zu beachten, daß in solchen Industriegemeinden eine unverhältnismäßige Mehrbelastung in Amtslokalanteile eintritt, da der Abgang bei der Umlageausteilung geschichtlich nicht zu berücksichtigen ist. Da für 1925 vielfach die Umlageausteilung der Amtslokalpersönlichkeitsumlage noch nicht erfolgt ist, wäre Abhilfe noch möglich. Was gedenkt der Herr Minister des Innern in dieser Richtung zu tun?

Aus Stadt und Land

Calw, den 25. Januar 1926.

Keine Anmeldefrist für die Aufwertung von Versicherungsansprüchen.

Zu verschiedenen Anfragen sei bemerkt, daß für Aufwertungsansprüche aus Privatversicherungen (Lebens-, Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherung) die im Reichsgesetzblatt Nr. 51 behandelt werden, kein Anmeldebetriebsjahr festgesetzt ist. Die Regelung der Aufwertung liegt in der Hand von Treuhändern, die für jedes aufwertungspflichtige Versicherungsunternehmen ernannt worden sind.

Ein historischer Gedenktag.

Der 25. Jan. hat für alle Orte, die früher dem Amt Liebenthal angehörten, eine besondere Bedeutung. Ist es doch der Tag, an dem sie aus markgräflich badischem Besitz an Württemberg übergingen. Der Markgraf Ernst Friedrich von Baden-Durlach war aus verschiedenen Gründen in große Geldverlegenheit geraten. Daber verkaufte er zunächst 1595 die Ämter Besigheim und Mundelsheim für fast 400 000 fl. an Herzog Friedrich I. von Württemberg. Kurz darauf sah er sich gezwungen, auch die erheblich größeren Herrschaften Altdorf und Liebenthal zu veräußern. Er nahm dafür die Kellereien Malsch und Langensteinbach, sowie einige andere württembergische Gebiete in Lausg und erhielt noch eine Kaufsumme von 481 760 fl. 55 kr. Nachdem sich die Verhandlungen durch Jahre hingezogen hatten, kam am 20. Dezember 1603 der Kauf zustande. Durch ihn sollten die Frungen und Mißverständnisse, die wegen dieser Besitzungen lange Zeit zwischen Baden und Württemberg geherrscht hatten, abgeschnitten und die gute Korrespondenz und Nachbarschaft zwischen beiden Staaten wieder hergestellt werden. Durch den Erlaß vom 5. Januar 1604 wurden die Untertanen von ihren Pflichten gegen den Markgrafen entbunden und zu schuldigem Gehorsam gegen seinen „freundlichen, lieben Oheim, Schwager, Bruder und Gebieter“ Herzog Friedrich von Württemberg“ ermahnt. Als der Markgraf 4 Monate später starb, griff zwar sein Bruder Georg Fried-

rich den Kauf an, gab sich aber schließlich mit einem Draufgeld von 28 240 und dem Pfarrsitz von Bauschlott zufrieden. Aber auch im eigenen Lande erwachten dem Käufer Schwierigkeiten. Die Landchaft versagte ihre Einwilligung, weil die Orte „mehrere schlecht und gering seien, sodas wenig Schätzung daraus erhoben werden könne“. Aber schließlich mußte sie sich dem Willen des absoluten Herrschers fügen, und am 25. Januar 1605 wurden beide Ämter dem Herzogtum endgültig einverleibt. Zum Schluß fügte wir noch den auf das Amt Liebenthal bezüglichen Teil des Kaufvertrages seiner eigenartigen Fassung wegen an: „Wir Ernst Friedrich, Markgraf zu Baden, haben vorermeldtem Herzog Friedrich zu Württemberg zugestimmt und übergeben . . . fürs ander die Stadt und Burgstall Liebenthal, samt der Pfarr-, Schul- und Amtsbehauptung und dazu gehörigen Stadeln und Scheuren; wie es ebenerwehnen mit der Mauren umfassen und begriffen, samt der Vorstadt und Wirtschaften, Bäder, Cam-Läden und Häusern, an wes Orten und Enden sie vor der Stadt gebaut standen, auch die dazu gehörigen Flecken, Dörfer, Weiler, Höfen und Mühllein, benanntlich: Haugstetten, Weinberg, Bieselberg, Ober- und Unter-Langenhart, Waisenbach, Ernst-Mühl, Tennjecht, Schwarzenberg, Collenbach, Igelsbach, Schemberg, Monalam und Reichenbach samt Unseren eigentümlichen Gütern, auch der Seen, Weyhern, Fischgruben, Hölzern, Waldungen und Holzmarken, Wiesen, Gärten, Kledern, Egarten samt der Lehnenschaft und Leihung der Pfarren, Caplaneyen und Diaconaten usw.“

Die weiße Kunst.

Dieser neueste Film der Berg- und Sportfilmgesellschaft in Freiburg i. B. wurde in ganz Deutschland mit großer Begeisterung aufgenommen. Es ist dem hiesigen Schneeschuhverein gelungen, diesen Film am Dienstag und Mittwoch im Weiß'schen Saal zur Vorführung zu bringen. Nicht allein Stahlerer, sondern alle Freunde der Natur werden Freude haben an der winterlichen Pracht Zermatts und des Monte Rosa-Gebiets. In herrlichen Naturaufnahmen erscheint immer wieder die tüpne Gestalt des Matterhorns. In dieser landschaftlich überwältigenden Schönheit geben die aus dem bisher erschienenen Schilfen „Die Wunder des Schneeschuhs“ und die „Fuchsjagd durchs Engadin“, rühmlichst betamnten Schirgrößen Hannes Schneider, Hans Schneberger und Sepp Mugaier Unterricht im Schilaufen. Eine winterliche Besteigung des Monte Rosa führt die Zuschauer hinein in die Winterwelt des Hochgebirges und zeigt die gefährvolle Fahrt über Gletscher und Lawenhänge. Bei der großen Bedeutung des Schilaufs für die Erleichterung und Gesundung des deutschen Volkes ist es sehr zu wünschen, daß der Film einen guten Besuch erhält. (Näheres im Anzeigenteil.)

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Depression im Nordwesten rückt immer mehr gegen Süddeutschland vor, doch erweist sich der Hochdruck im Südosten als ziemlich widerstandsfähig, sodas für Dienstag und Mittwoch nur zeitweilig bedecktes und teilweise regnerisches Wetter zu erwarten ist.

*

Stammheim, 25. Jan. Am 16. Januar fand in dem für den hiesigen Nähturs gemieteten Saal des Gasthofs zum „Bären“ ein kleines Schlüsseltanzfest statt, zu welchem sich neben den Müttern der Teilnehmerinnen und sonstigen Gästen auch der Ortsvorsteher mit einer Anzahl Mitglieder des Gemeinderats einfanden. Eine Reihe Deklamationen und Vorträge verschönten die kleine Feier, und in humorvoller Weise waren sämtliche Anwesende bestrift, durch allerlei Unterhaltungsstücke die Zeit zu vertreiben. Den Abschluß bildete ein von zwei Teilnehmerinnen in voller Ausrüstung vorgeführtes kleines Theaterstück, das großen Beifall auslöste. — Der trefflichen und umsichtigen Leiterin des Kurzes, Frä. Schrabin, gebührt herzlich Dank für ihre erfolgreiche Arbeit in den beiden hiesigen Nähturs (Tages- und Abendkurs).

Stuttgart, 24. Jan. Im Borori Wangen traten die Vorstände der meisten größeren Vereine auf Anregung des Evangel. Volksbundes zusammen, um zu der Frage der Vereinsfastenachtsfeiern gemeinsam Stellung zu nehmen. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage, die sich gerade in Arbeitergemeinden besonders empfindlich auswirkt, kam man einstimmig zu dem Ergebnis, solche Fastenachtsfeiern als ganz unzeitgemäß heuer zu unterlassen und lieber die notleidenden Mitglieder zu unterstützen.

Stuttgart, 24. Jan. Die Abgg. Groß und Feilmayr haben in Rücksicht auf die derzeitigen finanziell schwierigen Verhältnisse in der württembergischen Landwirtschaft an das Landesfinanzamt im Wege einer Eingabe das Eruchen gerichtet, den Nichtsack für die Berechnung der Umsatzsteuer auf den vorjährigen Stand festzusetzen. Das Landesfinanzamt wurde gebeten, einheitliche Richtlinien an die Finanzämter zu erlassen. Die Eingabe wurde damit begründet, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1,5 auf 1 Pr., wie sie im Reichstag anlässlich der Verabschiedung der Zollgesetze beschlossen wurde, sich nicht auf die landwirtschaftlichen Steuerzahler auswirke. Sie haben darauf hingewiesen, daß der Umsatz trotz einer reichlichen Ernte infolge der wesentlich billigeren Preise für landwirtschaftliche Produkte erheblich geringer ist, und daß deswegen eine Erhöhung der Nichtsacke, wie sie durchgeführt worden sind, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen keineswegs angepaßt ist. Es wurde ganz besonders auf die starke Verschuldung in der Landwirtschaft hingewiesen.

Schramberg, 24. Jan. Ein Unfall, der noch glücklich abgelaufen ist und den Beteiligten selbst noch Spaß machte, ereignete sich gestern in der Sebaldstraße vor der Kreuzwirtschaft. Das Pferd eines Einspännerkutschens, der 5 Personen in die Stadt brachte, scheute vor einem entgegenkommenden „Schmuckler“ (Motortaxi) und warf seine Last ab, ohne daß den Ertrickenen dabei etwas geschah. Das Pferd raste dann über den Markt zurück nach Unterbettringen.

Schramberg, 24. Jan. Durch die Besonnenheit eines Kraftwagenführers wurde ein großes Unglück verhütet. Ein Kraftwagen der Arbeiterförderung, der Arbeiter der S.M.U. nach Sulgen zum Mittagessen führt, erlitt bei der Talsfahrt einen Kettenbruch. Der Führer lenkte seinen Wagen sofort nach der Bergseite und versuchte, einen von der Straße einmündenden Einfahrtsweg zu benutzen, was ihm aber nicht nach-

Wunsch gelang, sodas der Kraftwagen trotzdem umkippte. Die darauf befindlichen Arbeiter wurden durch die über den Wagen gespannte Zeltplane zwar von dem Herausgeschleudern bewahrt, trotzdem gab es aber einige leichtere Verletzungen. Wäre der Sturz über den rechtsseitigen Berhang erfolgt, dann wären die Folgen nicht zu übersehen gewesen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168.93 Mk.
100 franz. Fr.	15.73 Mk.
100 schweiz. Frk.	81.1 Mk.

Börsenbericht.

Stuttgart, 24. Jan. Die Börse lag zu Wochenanfang ziemlich freundlich und die Kursverluste vom Vortage glichen sich meist wieder aus.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Hausbewegung auf den Aktienmärkten, die kurz nach Jahresbeginn eingesetzt und nur in der letzten Woche eine ganz kurze Unterbrechung erfahren hatte, setzte sich weiter fort. Der Hauptträger der Bewegung blieb Amerika, das sich neue Anlagemöglichkeiten in Deutschland suchte und mit großen Kaufaufträgen an den deutschen Märkten zur Stelle war. Besonderen Impuls gab noch die Bildung der „Vereinigten Stahlwerk A.-G.“, die den Eisenrumpf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorbereiten soll. Auch die Lösung der Kabinettkrise hatte höhere Kurse zur Folge. Von der Aufwärtsbewegung wurden am meisten die Montan- und die Schiffbauindustrie ergriffen.

Geldmarkt. Der Geldmarkt zeigte eine unverändert flüssige Haltung. Die Mediobersichtungen waren nicht bedeutend und wurden leicht überwunden. In kurzfristigem Geld ist ein großes Ueberangebot vorhanden. Die Reichsbank bemüht sich, diese kurzfristigen Börsengelder auf den Markt für Anlagekapital überzuleiten. Die Zinssätze sind nach der Ermäßigung des Reichsbankdiskonts allgemein ermäßigt worden. Tagesgeld stellt sich am Börsengeldmarkt auf 6—8 Prozent und Monatsgeld auf 8½—9½ Prozent. Die Lage der Reichsbank war in der zweiten Januarwoche weiter entspannt. Die Wechselanlage ging über 200 Millionen Mark zurück. Der Ausweis für Reichsfinanzen wies für Dezember 1925 einen Zuschußbedarf von 41 Millionen Mark auf, der mit den geringeren Steuererträgen auf Jahresende zu erklären ist und vorausgesehen worden war.

Produktenmarkt. Unter dem Druck der schwachen Berichte der ausländischen Produzentenmärkte zeigt sich in Deutschland ein stärkeres Angebot, dem gegenüber Kaufkraft gering blieb. Die Preise waren auf allen Märkten abgeschwächt. An der Stuttgarter Landesproduktbörse blieben Heu und Stroh mit 7,5 bzw. 5 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 253 (—2), Roggen 152 (—2), Winter- und Futtergerste 162 (—3), Sommergerste 207 (—3), Hafer 171 (—1), Kart je pro Tonne und Mehl 36 (—¼) M. pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Geschäftslage auf den Warenmärkten als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression hält weiterhin an. Doch hofft man, daß die Verminderung der Kreditkontingentierung seitens der Reichsbank und der langsame Zinsabbau eine Milderung der Krise zur Folge haben werde. Man hält den Höhepunkt der Krise für überschritten und rechnet im Frühjahr auf eine bessere Konjunktur für Industrie und Handel.

Viehmarkt. Der Handel auf den Schlachtviehmärkten war dem geringeren Fleischverbrauch der Bevölkerung entsprechend sehr mäßig. Die Preise blieben im ganzen sehr unverändert.

Holzmarkt. Entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage war die Verkaufstätigkeit an den Rundholzmärkten sehr ruhig. Die Preise waren, soweit Verkäufe zustande kamen, auf den württembergischen Holzmärkten ziemlich hoch und bewegten sich etwa 20—30 Prozent über den Lappreisen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörse vom 23. Januar.

Newport: Weizen: roter Winter-Sommer loco 199,36; harter dto. 195,75; Mais loco 88; Weiß Spring Beat clears 725 bis 775; Chicago: Weizen: per Mai alt 169,25; neu 171,36; per Juli neu 148,5; per Sept. 140,5; Roggen: per Mai 105,5; per Juli 105; per Sept. 103; Mais: per Mai 84; per Juli 86,25; per Sept. 87,64; Hafer: per Mai 44,87; per Juli 45,13.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 23. Januar.

Edeläpfel 25—35; Tafeläpfel 15—25; Walnüsse 35—40; Karotteln 4—5; Endivienjalat 10—20; Birsing 10—15; Filderraut 5—7; Weißtraut 5—7; Rotttraut 7—8; Mlumetohl pro Stüd 70—100; Rosenkohl 15—30 per Stüd. Roterhals 1 Pf. 6—8; gelbe Rüben 7—10; Zwiebel 7—12; Rettiche 1 St. 3—6; Sellerie 1 St. 10—25; Schwarzwurzel 35—45.

Schweinepreise.

Besigheim: Milchschweine 25—35, Läufer 50—70 M. — Craillsheim: Milchschweine 30—40, Läufer 50—70 M. — Mergentheim: Milchschweine 30—42 M. — Giengen a. B.: Milchschweine 30 bis 41, Läufer 47—90 M. — Göglingen: Milchschweine 25 bis 33, Läufer 45—85 M. — Hall: Milchschweine 36—45, Läufer bis 80 M. — Isdorf: Milchschweine 30—40 M. — Dehringen: Milchschweine 32—37 M. — Rot am See: Milchschweine 30 bis 40 M. — Rottweil: Milchschweine 37—37 M. das Stüd.

Fruchtpreise.

Giengen: Roggen 8,60—9, Gerste 9,50—10, Hafer 8—8,60, Weizen 11,30—12,10 M. — Balingen: Hafer 9,30 M. der Zit. Aulendorf: Gerste 9,50—9,80, Hafer 7,20—8,20 M. — Wiberach: Gerste 9,20—9,40, Weizen 11,20—11,30, Roggen 9,20, Korn 12,50. — Ebingen: Weizen 10,50—11,50, Gerste 8,50, Hafer 8,50 M. — Wangen i. A.: Hafer 9,50—10,50, Gerste 9,50—10,50, Roggen 10—11, Weizen 11,70—12,50 M. — Waldsee: Hafer 8,50—8,90 Mark der Zentner.

Die weiße Kunst



Ein Skilehrfilm in 6 Akten mit prachtvollen Naturaufnahmen aus den Zermatter Alpen und dem Gebiet des Monte Rosa. Vorführungen im Weiß'schen Saal in der Badstraße für Erwachsene am Dienstag, den 26. Jan. abends 8 Uhr; für Schüler am Dienstag, Mittwoch je nachmittags 4½ Uhr.

Eintrittspreise für Erwachsene 1 Mk., Schüler 20—50 Pfg.

Vorverkauf in der Buchhandlung Kirschner.

Lichtspieltheater Badischer Hof

Morgen Dienstag, abends 8 Uhr

1. Aufführung des 1. Teils des historischen Films

Bismarck

Der Bismarck-Film ist überparteilich

Der Bismarck-Film ist nicht das Werk einer einzelnen Partei

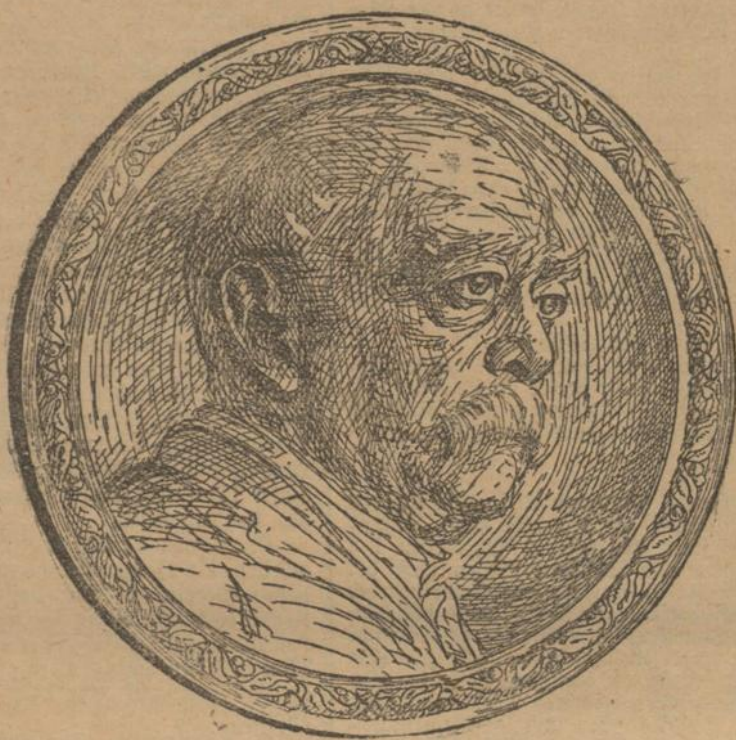
Der Bismarck-Film vermeidet das politisch Trennende

Ein Film bester deutscher Eigenart!

"Es ist wundervoll, wie dieser Film mehr und mehr die Wucht großen, historischen Geschehens dramatisch gestaltet. Das Publikum nahm d. Film mit Begeisterung auf. Tägl. Rundsch. 21.12.25"

Jede weitere Vorführung wird jeweils an dieser Stelle tags zuvor bekannt gegeben.

Jugendliche haben Zutritt.



Bismarck

Der Film der Deutschen

Der Bismarck-Film beiont das alle Deutsche Einende

Der Bismarck-Film ist kein Tendenz-Film

Der Bismarck-Film ist das Werk des ganzen deutschen Volkes

Der Film der großen Befehung

Dieser im Jahre 1925 aufgenommene Film ist nicht zu verwechseln mit dem vor 12 Jahren erschienenen, jetzt völlig veraltet. Bismarck-Film

Liebelsberg.

Die Gemeinde bringt am 27. Januar nachmittags 5 Uhr auf dem Rathaus einen 3jährigen



Schlacht-Sarren

zum Verkauf.

Gemeindegat.

Warme

und trockene Füße

können Sie auch bei kaltem und nassem Wetter haben, wenn Sie die Wärme erzeugende Kukirol-Einlegesohle tragen. Machen Sie sofort einen Versuch.

Preise Mk. 1.25 bis 1.75 je Paar. Imprägnierte Kukirol-Einlegesohlen ohne galvan. Einlage 90 Pfg. u. Mk. 1.-

Verkaufsstelle:
Ritter-Drogerie Ristowski

Kavalier Extra FÜR SCHUHE U. LEDER

ÜBERALL BEVORZUGT!

FÜR PARKETT U. LINOLEUM

Bodenwachs Union

UNION-AUGSBURG.

Stärkwäsche Sportkragen Dauerväsche und Spezialreinigungspulver für solche.

Reicherl

bittet bei Bedarf um Ihren werten Besuch!

Mechaniker-Lehrstelle suche ich

für meinen 14 1/2 jähr. Sohn Eg. Dietrich, Maschinenmeister, Bad Teinach.

Breitenberg, den 23. Januar 1926.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Großvaters und Bruders

Friedrich Schnaible

die wir von so vielen Seiten erfahren durften, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Outbrod, für die große Beteiligung von Seiten der Kriegerkameradschaft Breitenberg-Oberkollwangen, für den ehrenden Nachruf des Herrn Vorstandes Bürkle, für den erhebenden Gesang des „Liederkranges“ unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Bärner, sagen wir herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir allen denen, die dem Entschlafenen während seiner Krankheit Gutes erwiesen haben, den Herren Ehrenträgern für die erwiesene Ehre, ferner für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie L. Schnis.

Forstamt Liebenzell.
Nadel-Stammholz-
Verkauf.

(Wiederverkauf.)

Am Freitag, den 23. ds. Mts. mittags 12 Uhr kommen zum Wiederverkauf aus Staatswald VI. 16. Unt. Dachsbau (Beglünerbreiterung) 56 Fördern mit Fm. Norm. und N. Langh. 1,5 II., 2,3 III., 10 IV., 3 V. Kl. Sägh. 1 II. und 1 III. Klasse.



Concordia.

Singstunde statt Dienstag Donnerstag 8 Uhr. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Raminseger, 30 Jahre alt, evangel., wohnhaft in Stuttgart

Sucht sich zu vereheichen.

Angebote mit Bild unter „Suchst du“ an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. Discretion Ehrensache.

Leinmehl

gar. rein empfiehlt

Otto Jung.

Safeläpfel

Weißgelbe Herren-Aepfel u. rotgestreifte Wilsedel versendet 50 Kilo zu 22 Mk. ad hier. Verpackung zum Kostenpreis berechnete unter Nachnahme.

Christ. Bernhardt in Schönenberg Post Deltsheim D.-N. Maulbronn.

Erfahrene, bessere Eheleute suchen ein

Gasthaus, Hotel, Weinrestaurant, Kaffee oder Fremdenpension zu übernehmen.

Ausführliche Angebote unter L. 19 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Stammheim.
Eine Partie **Feld-Tauben** verkauft
M. Kober.

Verkaufe eine mit dem 3. Kalb 38 Wochen trüchtige

Ruh sowie ein 2 Jahre altes

Braunstut-Fohlen.

Gottlob Fischer Stammheim.

Consum-Berein Calw.

Wir empfehlen:

Fett-Büchlinge

Bismarckringe
1- und 4-Liter-Dosen
Stück 10-12 Pfg.

Kolumops

Delhardien

Salzringe
1 Stück 5 Pfg.

Gutmöbliertes, heizbares

Zimmer

an soliden Herrn bis 1. Febr. zu vermieten.

Badstraße 341.

Möbliertes, heizbares

Zimmer

zu vermieten

Postgasse 182.

Schönes, schwarzes

Konfirmandenkleid

wird verkauft

Untere Brücke 196.

1 Wagen Heu

meist zartes Riechen verkauft

L. Lang, Stammheim.